



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem letzten Newsletter in diesem Jahr möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Dem Newsletter ist diese Mal außerdem ein **Rück- und Ausblick zum Jahreswechsel 2011/2012** als gesonderte PDF-Datei angehängt. Weitergehende Informationen gibt es auch unter www.harald-weinberg.de. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung. Ich wünsche Euch und Ihnen erholsame Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr!

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1. Aktuelles aus Bayern	2
1.1 Bericht der Nürnberger Regionalkonferenz „Eurokrise – Was tun? Vorschläge und Handlungsalternativen der Fraktion DIE LINKE“	2
1.2 LINKE fordert Stopp der Rente mit 67. Nürnberger SPD-Abgeordnete ignorant gegenüber eigenen Beschlüssen.....	2
2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE	3
2.1 Rede im Bundestag: Kassenpleiten und Praxisgebühr sind Irrwege des Marktradikalismus	3
2.2 Armut macht krank und Krankheit macht arm – besonders in Deutschland.....	3
2.3 Landarztgesetz ist ein teures und wirkungsloses Sammelsurium	3
2.4 Bundeswehr raus aus Afghanistan. Zivil helfen!	4
3. Sonstiges.....	4
3.1 Leseempfehlung: „Die letzte Flucht“ von Wolfgang Schorlau.....	4
3.2 Sozialistische Linke: Erwartungen an Politik und Personal der LINKEN	5
4. Termine	5
4.1 Zum Vormerken: Aller guten Dinge sind drei! BLOCK DRESDEN 2012 am 18. Februar	5
4.2 Bundestagsfahrten von Nicole Gohlke in 2012	5
4.3 Öffnungszeiten der Stadtratsgruppe der Linken Liste Nürnberg	6
4.4 Harald auf Facebook.....	6
5. Kontakt zu Haralds Büros.....	6

1. Aktuelles aus Bayern

Anzeige aus dem Sozialmagazin
„Nürnberger Straßenkreuzer“

1.1 Bericht der Nürnberger Regionalkonferenz „Eurokrise – Was tun? Vorschläge und Handlungsalternativen der Fraktion DIE LINKE“

Mit sechs Regionalkonferenzen hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE, in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, im Dezember vor Ort über die Hintergründe der Finanzkrise informiert und den Austausch über Argumente und Handlungsmöglichkeiten gesucht. Für die Regionen Bayern und Thüringen fand die Tagung am 10. Dezember in Nürnberg statt. Neben Harald Weinberg nahmen die Bundestagsabgeordneten Ralph Lenkert aus Jena und Richard Pitterle aus Böblingen teil.

Harald Weinberg stellte in seinem Vortrag die Entwicklung zur [aktuellen Eurokrise](#), die Forderungen der Linksfraktion und die Reaktionen der jeweiligen Regierungen vor. Dabei wurde klar, dass die Eurokrise nicht vom Himmel gefallen ist, sondern eine Vorgeschichte hat. Die derzeitige Situation ist von verschiedenen linken Wirtschaftswissenschaftlern vorausgesagt worden, Linksfraktion und Partei haben immer wieder Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise eingefordert. [WEITERLESEN](#)

1.2 LINKE fordert Stopp der Rente mit 67. Nürnberger SPD- Abgeordnete ignorant gegenüber eigenen Beschlüssen (Pressemitteilung vom 16.12.)

„Es ist fünf vor zwölf, um die Rentenkürzung durch die Rente ab 67 zu verhindern. Bereits ab Januar werden auch Menschen in der Region mit zusätzlichen Abschlägen bestraft“, stellt der Nürnberger MdB Harald Weinberg (DIE LINKE) anlässlich der gestrigen Debatte zur Rente mit 67 fest.

Weinberg weiter: „Allein die Beschäftigungssituation Älterer sollte zu denken geben. Sie ist niederschmetternd schlecht: Gerade einmal 9,3 Prozent aller 64-Jährigen und nur 5,5 Prozent der 64-Jährigen Frauen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung nach. Wer, wie die anderen Nürnberger Abgeordneten von CSU und SPD, immer noch zur Rente mit 67 steht, schickt die Menschen sehenden Auges in weitere Rentenkürzungen. Scheinbar gehen an ihnen die aktuellen Debatten und Expertenberichte zur Zunahme der Altersarmut vorbei. Weinberg wirft seinen Nürnberger Kollegen im Bundestag Realitätsverlust vor. [WEITERLESEN](#)



DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Damit es im Land gerecht zugeht!

Wünsch Dir was - zu Weihnachten? Viele Wünsche werden wieder unerfüllt bleiben. Den Christbaum hat die Regierung den Hartz IV-Kindern längst gestrichen. Ein kleines Weihnachtsgeld für Langzeitarbeitslose? Merkel und Rösler verschwenden keinen Gedanken daran. Sie denken stattdessen an die Vermögenden und Millionäre, die werden mit Geschenken überhäuft. Gigantische Steuergeldsummen retten ihre Vermögen in der Banken- und Eurokrise vor dem Versagen des Kapitalismus. Wünsch Dir was - zum neuen Jahr? Gesundheit? Auch die Erfüllung dieses Wunsches erschwert die CDU/CSU/FDP - Regierung vielen durch den stetigen Ausbau der Zweiklassenmedizin.

Auch 2012 werde ich mich für eine sozial gerechte Politik und die Erfüllung Ihrer Wünsche einsetzen. Alles Gute, für Sie im Bundestag:

Ihr Harald Weinberg



Abgeordnetenbüro: Allersberger Str. 86
90461 Nürnberg Tel.: 0911 - 4505627
www.harald-weinberg.de

2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 Rede im Bundestag: Kassenpleiten und Praxisgebühr sind Irrwege des Marktradikalismus (15.12.)

Die SPD will, dass Krankenversicherte und Beschäftigte nicht unter Pleiten von Krankenkassen leiden sollen. Auch die Koalition will das mit ihrem letzten Gesetz erreichen. Deswegen fordern beide Regeln für den Fall, dass eine Kasse pleitegeht. So weit, so gut.

Nur, bis vor wenigen Jahren gab es dieses Problem gar nicht. Die SPD hat gemeinsam mit der Union dieses Problem der Kasseninsolvenzen mit den Reformen von 2007 und 2010 erst geschaffen. Nur deshalb mussten und müssen sich die Versicherten bei City BKK und BKK für Heilberufe eine neue Krankenkasse suchen. Und es gab diese unschönen Szenen mit Schlangen vor den Geschäftsstellen und abgewiesenen Versicherten.

Für die SPD – genau wie für die schwarz-gelbe Seite hier im Haus – sind Krankenkassen in erster Linie normale Unternehmen, die pleitegehen sollen, wenn die Bilanzen nicht stimmen, egal ob die Ursache tatsächlich schlechtes Management und Verschwendung ist oder ob schlichtweg viele alte und kranke oder schwangere Versicherte in einer Kasse die Bilanz in die roten Zahlen drücken. Unser Ansatz ist ein anderer.

[WEITERLESEN](#)

2.2 Armut macht krank und Krankheit macht arm – besonders in Deutschland

„Wir konnten den Aufschwung so gestalten, dass er den Menschen zugutekommt“, erklärte Bundeskanzlerin Merkel – inmitten der Finanz- und Eurokrise – am 7. September im Bundestag. Deutschland gehe es gut, die Senkung der Arbeitslosenzahlen unter drei Millionen sei eine soziale Wohltat und der Erfolg der schwarz-gelben Regierung – dass diese Zahl auf zahlreichen Manipulationen beruht, ist vielfach thematisiert worden (z.B. [hier](#)). Armut, Niedriglöhne, miese Arbeitsverhältnisse, soziale Unsicherheit und Existenzängste kommen in dieser Phantasiewelt nicht vor. Der Verdacht liegt nahe, dass in der wirklichen Welt Viele nicht zu „den Menschen“ gehören, über die die Kanzlerin phantasiert. Da wären z.B. die fünf Millionen Beschäftigten, die in der Bundesrepublik weniger als acht Euro in der Stunde verdienen. Oder die ca. 900.000 Leiharbeiter, die zum Teil nur die Hälfte des Lohns von regulär Beschäftigten erhalten. Oder auch die knapp eine Million Menschen, die seit mindestens einem Jahr keine Arbeit mehr haben. Wie steht es um die gesundheitliche Versorgung und die Lebensperspektive dieser Menschen? Profitieren sie vom „Aufschwung“? [WEITERLESEN](#)

2.3 Landarztgesetz ist ein teures und wirkungsloses Sammelsurium (Pressemitteilung vom 1.12.)

„Die Patientinnen und Patienten werden weiter auf Termine warten – die Ärztinnen und Ärzte hingegen werden mehr verdienen“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss und Bundestagsabgeordneter aus Nürnberg die Verabschiedung des Versorgungsstrukturgesetzes, auch Landarztgesetz genannt. Weinberg weiter:

„Die schwarz-gelbe Bundesregierung tut das, was sie kann: Ihre Klientel zufriedenstellen. So auch bei dem Landarztgesetz. Die Honorierung der Ärzteschaft wird verbessert und von ihr bekämpfte, aber sinnvolle, Regelungen werden aufgeweicht oder ganz abgeschafft.“ [WEITERLESEN](#)

2.4 Bundeswehr raus aus Afghanistan. Zivil helfen!

Mehrere tausend Menschen haben am 3. Dezember in Bonn gegen den Krieg in Afghanistan protestiert: Am 5. Dezember 2011 hat die Bundesregierung eine internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn und Petersburg abgehalten. Zehn Jahre nach der ersten Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 wurden die Weichen für eine Intensivierung des Krieges bis 2014 gestellt. In Zukunft sollen vermehrt afghanische Militärs und Polizisten ausgebildet werden, um stellvertretend für die NATO den Krieg fortzusetzen. Es gab und gibt also gute und gewichtige Gründe, gegen die Afghanistan-Konferenz der Bundesregierung zu protestieren.



Protest von Abgeordneten der LINKEN vor dem Brandenburger Tor am 1.12. Links spricht die afghanische Abgeordnete und Menschenrechtlerin Malalai Joya.

Meine Abgeordnetenkolleginnen Kathrin Vogler, Christine Buchholz und Heike Hänsel haben während der Konferenz – nach der Rede von US-Außenministerin Hilary Clinton – auf der Zuschauertribüne ein Transparent mit der Aufschrift „NATO = TERROR. Troops Out Now“ entrollt ([Foto](#)), um auf die terroristische Funktion, die die NATO gegenüber der afghanischen Zivilbevölkerung ausübt, hinzuweisen und einen sofortigen Truppenabzug zu fordern ([Presseerklärung von C. Buchholz zur Aktion](#)). Diese bemerkenswerte Aktion wurde danach auch im Bundestag thematisiert: als Vorwurf von Koalitionsabgeordneten an die drei, den „Konferenzfrieden“ gestört und das Ansehen des Bundestags beschädigt zu haben ([Redeprotokoll nachlesen](#)). Hier zeigt sich, wie trefflich das Protestmotto gegen die Konferenz gewählt war: *Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg.* Der „Frieden“ auf einer Kriegskonferenz und die Würde des Hohen Hauses sind ihnen wichtig, das Leben der Menschen in Afghanistan geben sie im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuss frei. An dieser Stelle vielen Dank an alle drei für das kurzzeitige Durchbrechen der Kriegspropaganda!

3. Sonstiges

3.1 Leseempfehlung: „Die letzte Flucht“ von Wolfgang Schorlau

In seinem aktuellen und sehr lesenswerten Krimi „Die letzte Flucht“ thematisiert der linke Buchautor Wolfgang Schorlau die korrupten, kriminellen (leider aber oft formell legalen), vor allem aber skrupellosen Machenschaften der Pharmaindustrie im deutschen Gesundheitssystem. Für die Zeitschrift *analyse & kritik* hat Werner Rätz eine [Rezension zum Buch](#) verfasst. Auf den Seiten des SWR gibt es außerdem ein Interview mit Wolfgang Schorlau über seine Recherchen zum Buch und zur Pharmaindustrie: [„Gewinnspannen wie im Drogenhandel“](#).



3.2 Sozialistische Linke: Erwartungen an Politik und Personal der LINKEN

Beschluss der Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken (11. Dezember in Frankfurt/Main)

Sozialistische Linke:
Realistisch und Radikal.

DIE LINKE steht angesichts der Euro-Krise, des konzertierten Angriffs auf Demokratie und Sozialstaat, der drohenden erneuten Krise auch der Realwirtschaft und der wachsenden Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment vor enormen

Herausforderungen. Das vom Erfurter Parteitag verabschiedete und in einem Mitgliederentscheid noch zu bestätigende Parteiprogramm bietet eine gute Grundlage DIE LINKE wieder zu stärken. Wir erwarten dass die gegenwärtige und die im Juni 2012 neu zu bestimmende Parteiführung DIE LINKE auf diese Herausforderungen vorbereitet und orientiert. Dies erfordert u.a. [WEITERLESEN](#)

4. Termine

4.1 Zum Vormerken: Aller guten Dinge sind drei! BLOCK DRESDEN 2012 am 18. Februar

Nachdem es in den letzten beiden Jahren erfolgreich gelungen ist, die Naziaufmärsche in Dresden durch Massenblockaden in einem breiten Bündnis zu verhindern, heißt es am 18. Februar 2012: „Aller guten Dinge sind drei! BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist“. Den Aufruf, Termine, Materialien und weitere Informationen findet Ihr auf den Seiten des Bündnisses [Dresden Nazifrei](#). Im Vorfeld findet in Dresden außerdem vom 27. bis 29. Januar der [Kongress „Ziviler Ungehorsam und kollektiver Regelverstoß“](#) statt.



4.2 Bundestagsfahrten von Nicole Gohlke in 2012

Meine bayerische Abgeordnetenkollegin Nicole Gohlke bietet im nächsten Jahr insgesamt vier thematische Bundestagsreisen von Bayern nach Berlin an. Weiter Informationen zu den Reisen und das Anmeldeformular gibt es [hier](#). Die Termine und Themen im Einzelnen:

- 26. bis 29.03.: Das Bankensystem in der Krise: Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Finanzministerium, lobbykritische Stadtführung, ...
- 15. bis 18.04.: Frauenpolitische Besuchsfahrt (nur für Frauen): Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Auswärtigen Amt, Treffen mit Fraueninitiativen, frauenpolitische Stadtführung, ...
- 06. bis 09.06.: Studierendenfahrt: Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Bildungsministerium, Stadtführung "Studierende zwischen Reaktion und Rebellion", Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesprächsrunden zu Hochschulpolitik, ...
- 07. bis 10.11.: Linke Politik in München. Wahlkreisfahrt mit Aktiven, Interessierten und UnterstützerInnen

4.3 Öffnungszeiten der Stadtratsgruppe der Linken Liste Nürnberg



Montags bis Freitags von 10.00-13.00 Uhr sowie nach Vereinbarung in der Humboldtstr. 104, 90459 Nürnberg. Telefonnr.: 0911-2876013, eMail: linke-liste-nuernberg@t-online.de

4.4 Harald auf Facebook

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich auch regelmäßig bei Facebook. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#)

5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86
90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 4505627

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6
82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE

Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe: <http://www.harald-weinberg.de/impressum.php>